Bezugspreis:
Halbmonatlich in Neuenbürg 80 Goldpfennige. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländ. Verkehr 90 Goldpfennig m. Postbestellgebühr. Preise freibleibend, Nachforderung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfennige.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum im Bezirk 15, außerh. 20 Goldpfennig mit Ins.-Steuer. Kollekt.-anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 2 Mk. Reklame-Zeile 50 Goldpfennig.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.
Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früher. Vereinbarungen außer Kraft.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 74. | Neuenbürg, Donnerstag, den 27. März 1924. | 82. Jahrgang.

Die Aussichten für den Wohnungsbau im Jahr 1924.

Der Verband württ. Bauvereine hielt am 22. März d. Js. in der Liederhalle in Stuttgart seinen 15. ordentlichen Verbandstag ab. Hiezu hatten sich Vertreter fast sämtlicher gemeinnütziger Bauvereine des Landes und einer großen Anzahl von Städten und Gemeinden eingefunden. Ferner waren verschiedene Behörden vertreten.

Dem Bericht des zweiten Vorsitzenden, Gemeinderat Joos-Kornwestheim, ist zu entnehmen, daß der Verband zur Zeit 160 Baugenossenschaften mit zusammen über 17 000 Mitgliedern, ferner 5 Aktiengesellschaften und 14 Städte und Gemeinden umfaßt. Insgesamt sind von den dem Verband angeschlossenen Baugenossenschaften bis jetzt rund 7100 Wohnungen im Lande gebaut worden. Die sofortige Inangriffnahme weiterer Wohnungsbauten durch die Genossenschaften ist unbedingt erforderlich. In Württemberg fehlen rund 50 000 Wohnungen. Da die Genossenschaft insgesamt nur 200 Ar unbebauten Grundbesitz haben, gesellt sich zu den Schwierigkeiten der Geldbeschaffung die der Baulandbeschaffung. Die Betriebsmittel der Genossenschaften müssen durch größeres eigenes Aufbringen der Genossen gestärkt werden. Die Geschäftsanteile sollen nicht unter 100 Goldmark betragen. Das Vertrauen zum Baugenossenschaftswesen muß durch möglichst hohe Aufwertung der von den Genossen früher einbezahlten Geschäftsanteile und Spareinlagen gefestigt werden. Zahlreiche Baugenossenschaften haben bereits volle Aufwertung beschlossen.

Oberrechnungsrat Rothweiler-Stuttgart berichtete über die Tätigkeit des Verbandsvorstandes und -Ausschusses, Verbandsrevisor Strohmaier über die Revision der Genossenschaften und Verbandsarchitekt Dancher über die derzeitige Lage des Baumarkts. Nach seinen Ausführungen sind die Baukosten heute um 40—60 Prozent höher als in der Vorkriegszeit.

Die mit großer Spannung erwarteten Erklärungen des Vertreters des Ministeriums des Innern, Ministerialrat Dr. Keschler, über die Möglichkeit der Finanzierung von Wohnungsbauten im Jahre 1924 und die beabsichtigten Maßnahmen der Regierung gaben, obwohl sie nicht als voll befriedigend angesehen werden können, doch einige Lichtblicke für die Wohnungsbautätigkeit in diesem Jahr. Die vom Verband württ. Bauvereine schon seit Jahren angestrebte Durchführung des Wohnungsbürgschaftsgesetzes vom 30. Mai 1919 durch Schaffung einer Landeskreditanstalt soll nun Wirklichkeit werden. Diese Anstalt soll aus der Gebäudeentschuldungssteuer, welche die 3. Steuernotverordnung vorsieht, gespeist werden. Von dieser Steuer sollen voraussichtlich 15 Prozent für den Wohnungsbau verwendet werden. Die von der 3. Steuernotverordnung ebenfalls vorgesehene Belastung der mit Beihilfe derlehen erstellten Neubauten mit 40 Prozent des Goldwertes der Beihilfe soll ebenfalls der Landeskreditanstalt zugute kommen. Ferner wird angestrebt unter Anlehnung an die Sozialversicherung der Arbeitnehmer laufende Beiträge für den Wohnungsbau von diesen sowohl wie von den Arbeitgebern einzuziehen und der Landeskreditanstalt zuzuführen. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Organisation der Landeskreditanstalt werde ermöglichen, im Laufe dieses Jahres einer bestimmten Anzahl von Bauenden Hypotheken im Betrag von 3000—4000 Mark pro Wohnung zu einem voraussichtlichen Zinssatz von 6—8 Prozent zur Verfügung zu stellen. Den Baugenossenschaften wurde empfohlen, unverzüglich zu prüfen, inwieweit sie unter diesen Verhältnissen zu bauen in der Lage sind und alsdann die Vorbereitungen zum Bau zu treffen.

Nach längerer Aussprache wurde einstimmig beschlossen, der Regierung und dem Landtag folgende Entschließung vorzulegen: „Der Verbandstag begrüßt es mit Genugtuung, daß das Wohnungsbürgschaftsgesetz vom 30. Mai 1919 durch Errichtung einer selbständigen Landeskreditanstalt endlich durchgeführt werden soll. Er verlangt, daß die auf Grund der 3. Steuernotverordnung einzuführende Mietzinssteuer ausschließlich zum Wohnungsbau und zur Finanzierung der Landeskreditanstalt verwendet wird. Die Zuweisung von nur 15 Prozent der Mietzinssteuer für den Neubau von Wohnungen ist völlig ungenügend. Es liegt überdies in dem Wesen der Mietzinssteuer begründet, daß sie für gar nichts als für den Bau von Wohnungen verwendet werden kann. Die Verwendung der Mietzinssteuer zur Deckung der allgemeinen Staatsbedürfnisse ist für uns unerträglich. Sollte wider Erwarten die Mietzinssteuer für heuer nicht ganz oder wenigstens nicht zum größten Teil dem Wohnungsbau zugewiesen werden können, so müssen unverzüglich weitere gesetzliche Maßnahmen zur Schaffung weiterer Mittel zum Bau der erforderlichen Wohnungen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes getroffen werden. Als eine solche Maßnahme halten wir ganz besonders geeignet, den bekannten Selbsthilfevorschlag des Heimstättenausschusses der sämtlichen Spitzengewerkschaften Württembergs, den wir der Staatsregierung zur Durchführung dringend empfehlen. Weiter halten wir für ganz berechtigt, die einmalige Arbeitgeber-Wohnungsabgabe für das Jahr 1923. Angesichts der Höhe der heutigen Baukosten und des geringen Einkommens der hauptsächlich für die zu erstellenden Neubauten in Betracht kommenden Bevölkerungskreise halten wir die Gewährung eines Kredits von wenigstens 4000 Goldmark für eine Wohnungseinheit zu erträglichen Bedingungen für unbedingtes Erfordernis." — Der Name des Verbands wurde abgeändert in „Verband der gemeinnützigen Bauvereine Württembergs e. V."

Deutschland.

Stuttgart, 26. März. Staatspräsident Dr. von Hieber ist für den Landtag Spitzenkandidat der Ortsgruppe Stuttgart der Deutsch-demokratischen Partei. Für den Reichstag wird er wohl, wie auch letztmals, an aussichtsreicher Stelle auf die Reichsliste kommen, die am nächsten Sonntag aufgestellt wird. — Der Gesamtvorstand des Württ. Bauernbunds hat für die Reichstagswahl als Spitzenkandidaten die seitherigen Abgeordneten Oekonomierat Vogt-Gochsen und Theodor Körner alt vorgeschlagen. An die dritte Stelle soll für den bisherigen Abg. Haag-Heilbronn, dessen Alter eine Wiederannahme der Kandidatur nicht ermöglicht, ein Weingärtner treten. Der vierte Platz wird den Landwirten in Oberschwaben zur Verfügung gestellt.

Neue französische Verletzung des Speyerer Abkommens.

Kaiserslautern, 25. März. Der französische Militärstaatsanwalt von Kaiserslautern hat gegen verschiedene Kaiserslauterer Zeitungen Anklage erhoben, weil die Blätter seinerzeit die Meldung veröffentlichten, daß der Päpstliche Legat, Monsignore Testa, bei seinem Besuch in Speyer von einem Separatisten belästigt worden sei. Da die französische Regierung wiederholt öffentlich erklärte, daß sie mit dem Separatismus in der Pfalz nichts zu tun habe und da das Speyerer Abkommen jede Unterstützung der Separatisten durch die französische Besatzungsmacht untersagt, fragt sich die pfälzische Bevölkerung, wie der französische Militärstaatsanwalt in Kaiserslautern dazu kommt, als Beschützer und Verteidiger der Separatisten aufzutreten. — Das Gerichtsverfahren gegen die Kaiserslauterer Blätter bedeutet eine neue französische Repressalie und eine Verletzung des Speyerer Abkommens. Auch dieser Fall beweist wiederum, wie richtig die englische Auffassung ist, daß die Lage in der Pfalz noch nicht derart ist, daß weitere Besuche der interalliierten Spezialkommissionen überflüssig und ausgeschlossen wären.

Die Sanierung der Reichspost.

Recht optimistisch über die Zukunft der Reichspost hat sich Reichspostminister Dr. Höfle in einem Interview mit einem Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung" geäußert. Seit der Schaffung der wertbeständigen Marken schreibe man wieder Briefe in Deutschland. Aehnlich sei es mit dem Drucksachenverkehr. Auch der Postscheckverkehr hätte sich prächtig entwickelt. In den ersten Wochen des finanziell selbständigen Regimes der Post betrugen die Einnahmen der Postscheckkonten nur zehn Millionen Goldmark; heute seien es bereits 700 Millionen. Auch das Telephonnetz breite sich immer mehr aus. Immerhin sei in diesem Monat noch mit einem Jahresdefizit von 60 bis 80 Millionen Goldmark zu rechnen. Um dem entgegenzuwirken, will die Post innerhalb ihres nun selbständigen Betriebes noch gewisse Zweige selbständig machen. Am 1. April werde eine selbständige Postreklame-Gesellschaft m. b. H. und ein neu engagierter kaufmännischer Direktor auf den Plan treten. Auch die kaufmännische Buchführung hätte man mit bestem Erfolg in Deutschland bereits angewandt und werde sie künftighin noch mehr anwenden. Besonders aber soll zur Verringerung des Defizits der Beamtenabbau dienen. Im Ministerium ist ein Drittel der Beamten abgebaut, im Betrieb sind neuerdings 17 bis 18 Prozent entlassen worden. 12 Prozent der Beamten sind durch die Einführung des neunstündigen Arbeitstages entbehrlich geworden. Postminister Höfle ist der Auffassung, daß unter den augenblicklichen Verhältnissen ein Defizit nun nicht mehr befürchtet zu werden brauche.

Ausland.

Rom, 26. März. Marschall Foch wurde gestern vom Papst empfangen. Später hatte er eine längere Unterredung mit General Diaz. Ueber den Inhalt verlautet nichts bestimmtes, doch glaubt man, daß von militärischen Fragen die Rede war.

Englische Gründe für die Nichtbefestigung Singapores.

Bei der Fortsetzung der Debatte im Unterhause über den Marine-Etat warf das konservative Mitglied Sir Robert Horne die Frage des Marinestützpunktes in Singapore auf. Der Parlamentssekretär der Admiralität, Ammon, erwiderte, die Regierung habe nach Anhörung und Erwägung der Ansichten der Marinesachverständigen beschlossen, diesen Plan aufzugeben. Die Errichtung eines Marinestützpunktes in Singapore würde unzweifelhaft die Politik der Zusammenarbeit, die der Premierminister wünscht, beeinträchtigen und unseren guten Willen verdächtigen. Wir würden unvermeidlich zu Zuständen des Mißtrauens und des Rüstungswettbewerbes im fernen Osten kommen. Das einzige Land, gegen das der Marinestützpunkt gerichtet sein könnte, ist Japan, das aber jeglichen Beweis für seinen Wunsch gegeben hat, die Bedingungen des Washingtoner Abkommens dem Geiste und dem Buchstaben nach auszuführen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg. (Gemeinderatssitzung vom 25. März.) In Anwesenheit der Herren Geistlichen beider Konfessionen werden zunächst Armensachen erledigt.

Für die künftigen Brennholzverlosungen werden die Preise unter Berücksichtigung der Gestehungskosten für das aus dem Staatswald zu überweisende Brennholz, den Fuhrlohn hiefür und die derzeitigen Holzhauerlöhne wie folgt festgesetzt: a) für buchene und eichene Prügel im Stadtwald 10 Mark, auf dem Turnplatz 12 Mark, b) für tannene Scheiter und tannene oder forchene Prügel im Stadtwald 7—7,50 Mark, auf dem Turnplatz 9 Mark. Diese Preise bilden Ausgleichspreise; bei dem Holz aus dem Staatswald (Turnplatz) sind voraussichtlich die Gestehungskosten einschließlich Fuhrlohn nicht voll gedeckt. Nach Durchführung der im Gang befindlichen Versorgung soll jede Kriegerwitwe noch 1 Raummeter Holz unentgeltlich erhalten.

Ab 1. April d. Js. muß die Getränkesteuer, wie bereits früher vom Gemeinderat beschlossen, zur Vermeidung von finanziellen Nachteilen der Stadtgemeinde bei Zuweisung der Reichseinkommensteueranteile, erhoben werden. Ueber die Art und Weise der Erhebung wird das Nähere noch bekanntgegeben.

Ab 1. April d. Js. geht das Führen des Leichenwagens um den seitherigen Lohn von 10 Goldmark auf Robert Gegenheimer zur Germania über.

Der Tarif für elektr. Licht und Kraft wird für den Monat März in derselben Höhe wie für Februar belassen.

Die Belohnung des Stadttierarztes Dr. med. vet. Göpple und das Wartgeld des Totengräbers und Friedhofgärtners Großmann werden neu festgesetzt. Die Schlachthausgebühren betragen ab 1. Januar 1924 für jedes Stück Großvieh 4 Goldmark; dieser Satz stellt die Selbstkosten der Stadt für Unterhaltung des Schlachthauses und seiner Einrichtung, für Wasserzins, Reinigung und Beleuchtung dar.

Der Gemeinderat nimmt davon Kenntnis, daß die Wahl des Feuerwehrkommandanten Herrenbach und dessen Stellvertreter Ruff vom Oberamt bestätigt worden ist.

Verschiedene Verkäufe der Stadtpflege aus letzter Zeit wurden vom Gemeinderat genehmigt und noch eine Anzahl kleinerer Angelegenheiten erledigt. Schluß der Sitzung 8 Uhr.

K.

Württemberg.

Stammheim, 17. März. Die hiesige Kinderrettungsanstalt hat heute zahlreichen Besuch erhalten: Auf Einladung des Jugendamts Calw hatte sich etwa ein Dutzend Frauen aller Stände aus den Oberamtsbezirken Calw und Neuenbürg hier eingefunden, um die Anstalt und insbesondere den erst im Vorjahr erstellten Neubau zu besichtigen. Die Besucher haben dabei empfunden, wie sehr dieser Bau einem dringenden Bedürfnis entgegenkommt, haben doch schon wenige Wochen nach seiner Eröffnung 37 Kleinkinder im vorschulpflichtigen Alter dort Aufnahme gefunden, neben den rund 70 älteren Kindern, deren Pflege sich die Anstalt von jeher zur Aufgabe gemacht hatte. Bei der ins Einzelne gehenden Besichtigung haben die Frauen sich überzeugt, daß diese Kleinen, für die größtenteils sonst auf der Welt sich keine Türe öffnen wollte, hier unter verständnis- und liebevoller Pflege behütet, versorgt und erzogen werden. Man hörte mit Staunen, wie es der Anstalt und insbesondere ihrem rührigen Hausvater gelungen ist, den heutigen Geldnöten zum Trotz, dank freigebiger Mithilfe von allen Seiten der Bevölkerung, auch das zur Innenausstattung Nötige aufzubringen. Herr Oberamtmann Göß führte in weitgreifendem Vortrag die Anwesenden in die Grundzüge der heutigen Jugendgesetzgebung und deren Ziele ein, schilderte die Verbesserungen, die dadurch gegenüber dem früheren Zustand erreicht seien und umriß sowohl die Probleme, welche aus der Fürsorge für die Vorschulpflichtigen erwachsen und nun durch den Neubau im Zusammenwirken von Anstalt und Jugendamt befriedigend gelöst seien, als auch diejenigen, welche hinsichtlich der schulentlassenen Jugend der Lösung harren; er würdigte Umfang und Bedeutung der Arbeit des Jugendamts, das als ein in Wahrheit Geld sparendes Amt auch in den Zeiten des Abbaus erhalten werden müsse und für dessen Bestand sich in jeder Weise einzusetzen gerade die Frauen und Mütter allen Anlaß haben. Herr Jugendrat Stiefel gab Einzelschilderungen aus dem Leben derjenigen Anstaltszöglinge, welche durch das Jugendamt in Stammheim untergebracht sind, und es wurde allgemein anerkannt, daß in allen diesen Fällen nicht etwa eine unter den heutigen Verhältnissen unangebrachte übertriebene Weichherzigkeit den Unterhaltspflichtigen die Sorge für die Kinder allzu rasch abgenommen habe, daß vielmehr die Verbringung derselben in die Anstalt durch die offenkundig vorliegende dringende Not unbedingt gefordert worden sei. Herr Hausvater Gugeler wies die Anwesenden noch besonders darauf hin, daß nur unerschütterliches Gottvertrauen ihm die Kraft zur Durchführung des Neubaus in so schwerer Zeit gegeben habe. Aus seinem Mund erfuhr man auch, daß es vor allem noch an Bettstücken und Bettwäsche, sowie an Kinderspielsachen fehle. Die anwesenden Frauen beschlossen daher, die Oeffentlichkeit auf diesen Mangel hinzuweisen und sie um fernere tatkräftige Unterstützung des Stammheimer Liebeswerkes zu bitten.

Stuttgart, 24. März. (Weinversteigerung des Herzogl. Rentamts.) Unter den Weinversteigerungen des Landes finden jeweils diejenigen des Herzogl. Rentamts, das nicht nur über große Weingüter in den besten Lagen, sondern auch über die edelsten Gewächse verfügt, die größte Beachtung. Die heute nachmittag im großen Saale des Vereinshauses St. Vinzenz vorgenommene Versteigerung fand vor vollbesetztem Saale statt und die Stimmung war wie bei den früheren Versteigerungen äußerst lebhaft und bewegt. Zur Versteigerung gelangten insgesamt 8200 Flaschen a 0,72 Liter aus dem glänzenden Weinjahr 1921. Zunächst kamen zur Versteigerung 350 Flaschen Stettener Weißriesling, dem sog. Brotwasser. Bezahlt wurden 10.80—12.80 Mark. Dann kamen 350 Flaschen Kleinheppacher Weißriesling an die Reihe mit Preisen von 15.40—16.40 Mark. Die dritte Sorte betraf 900 Flaschen Untertürkheimer Weißriesling zu 16—17 Mark. Besonders groß war das Quantum des zur Versteigerung kommenden berühmten Eltinger Weißriesling, nämlich 3500 Flaschen zu Preisen von 19.20—22 Mark. Zum Schluß gelangten noch 2900 Flaschen Rotwein, nämlich Untertürkheimer Trollinger, zur Versteigerung. Dabei wurden 18—18.80 Mark erlöst. Verkauft wurde alles. Große Mengen gingen in den Besitz von Hoteliers in Stuttgart, sowie von Mühlacker, Vaihingen, Ulm und Ravensburg über. Auch Weinhändler setzten sich in den Besitz größerer Mengen. Ferner waren Vertreter des Adels, verschiedene Fabrikanten u. a. als Kaufliebhaber zur Stelle. In 2—3 Monaten kommen etwa 12 000 Flaschen 22er Weine zur Versteigerung, außerdem Faßweine aus dem Jahre 1923. Der Gesamterlös betrug 140 000 bis 150 000 Goldmark. Bei Beurteilung der vorstehend genannten Preise ist zu berücksichtigen, daß 20 Prozent Weinsteuer noch nicht eingerechnet sind.

Stuttgart, 26. März. (Kommunisten vor Gericht.) Die

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Strafkammer verurteilte die Kommunisten Bosch und Pfeiffer von Obertürkheim zu 1 Jahr bezw. 6 Monaten Gefängnis. Beide hatten, angeblich zum Sprengen von Stockholz, Sprengkapseln gekauft.

Heilbronn, 26. März. (Aussperrung.) Bei der Papierfabrik Schäuffelen hat eine Anzahl Arbeiter den Betrieb verlassen, ehe die Lohnverhandlungen beendigt waren. Darauf wurden die übrigen Arbeiter ausgesperrt und der Betrieb geschlossen. Die Aussperrung betrifft etwa 500 Arbeiter und Arbeiterinnen. Auch die Arbeiter der Papierfabrik Gebr. Rauch streiken.

Vom Unterland, 26. März. (Gute Obstaussichten.) Nach einer so geringen Obsternte, wie wir sie im verflossenen Jahre hatten, war zu erwarten, daß die Obstbäume einen reichlichen Blütenansatz zeigen werden. Die Annahme bestätigt sich. Alle Sorten, vornehmlich aber Birnen, zeigen reichliche und kräftige Knospen, wovon man sich jetzt beim Auslichten der Obstbäume überzeugen kann.

Reutlingen, 26. März. (Tollwut.) Ein 13jähriger Knabe wurde von einem ihn verfolgenden Schäferhund trotz Beißkorb in die Wade gebissen. Der Hund war tollwütig und wurde getötet. Das Oberamt hat die verschärfte Hundesperre verfügt.

Heidenheim, 26. März. (Steuerhinterziehung.) Fabrikdirektor Wünsche hier ist wegen Hinterziehung von Reichssteuern (vom Einkommen und Vermögen) zur Geldstrafe von 9800 Goldmark verurteilt worden.

Baden.

Wiesental (Amt Bruchsal), 25. März. Der Kronenwirt Schuh wurde auf dem Heimwege von einer Holzversteigerung im Walde zwischen Kirrlach und Wiesental überfallen, schwer mißhandelt und ausgeraubt, wobei den Tätern ein größerer Geldbetrag in die Hände fiel. Schuh mußte ins akademische Krankenhaus nach Heidelberg gebracht werden. Vier der Täter wurden bereits verhaftet und in das Amtsgefängnis Philippsburg eingeliefert.

Villingen, 26. März. Ein Schwindler, der einen großen Teil der Einwohnerschaft der Bezirke Triberg und Villingen hereinlegte, konnte jetzt von der Gendarmerie dingfest gemacht werden. Der 38jährige Adolf Wagner aus Gönningen OA. Tübingen nahm Bestellungen auf Gartensamen und Blumenzwiebeln entgegen und ließ sich das Geld gleich auszahlen. Er gab an, der Gärtnereibesitzer Wagner aus Reutlingen zu sein. Dadurch gelang es ihm, bei sehr vielen Leuten größere Beträge zu erschwindeln. Einen Wirt im Bezirk Triberg hat er dadurch geprellt, daß er angab, seine Brieftasche verloren zu haben, und einen größeren Pump anlegte.

Lahr, 24. März. Auf der Fahrt nach Neustadt sauste das Auto des Papierfabrikanten Hägele aus Neustadt eine Böschung herunter und überschlug sich. Hägele und eine Dame aus Gambach wurden getötet, ein junger Mann trug schwere Verletzungen davon. Als das Auto später von einem Lastkraftwagen abgeschleppt werden sollte, sprang der Führer vorzeitig ab und zog sich eine schwere Knieverletzung zu. Etwas später scheute ein Pferdefuhrwerk vor den Wagentrümmern, die Pferde gingen durch, der Knecht stürzte vom Wagen, wurde überfahren und blieb mit zerquetschten Beinen liegen; er mußte dem Krankenhaus zugeführt werden.

Vermischtes.

Der Eselsweg. König Friedrich pflegte sich vom Zustand seines Landes gerne durch den Augenschein zu überzeugen, und bald da, bald dort tauchte er unermutet auf, visitierte und inspizierte. Einst hieß er auf einer solchen Inspektionsfahrt sein Gefährt von der guten Landstraße abweichen, und auf einem Feldweg gings nun voran, der Hochfläche der Alb zu. Der Weg war indes so steil und schlecht, daß die Pferde den königlichen Wagen kaum noch vorwärts brachten. Da ließ der König gegen den ihn begleitenden Schultheißen der Gemeinde ein paar mißliebige Worte über die schlechte Beschaffenheit des Weges fallen. Der Schultheiß aber, rasch besonnen, antwortete: „Herr König, da gaut sonst bloß d' Eisel nuff!" Friedrich machte gute Miene zum bösen Spiel und lachte laut, sagte aber kein Wort mehr über den schlechten Weg.

Der Abbau hat den Galgenhumor kräftig rege gemacht und manche Probe davon konnten wir schon veröffentlichen. Nun sendet ein Leser dem „Heidelberger Tageblatt" folgendes neue Abbaulied:

Morgenrot, Morgenrot,
Leuchtest heute gar so rot.
Bald schon wird der Vorstand sagen:
Freund, jetzt geht's dir an den Kragen.
Dir und manchem Kamerad.
Kaum gedacht, kaum gedacht,
Wird dem Dienst ein End gemacht.
Gestern noch in Gruppe 7,
Heute wird dir schon geschrieben:
Morgen in den Ruhestand.
Ach, wie bald, ach, wie bald,
Schwinden Titel und Gehalt.
Prahlst du noch mit den Bezügen,
Die zum Leben kaum genügen,
Ach, die Scheine welken all.
Und was ist und was ist
Dieses Schreiberlebens Frist?
Unter Arbeit, unter Plagen
Sich 'ne höh're Gruppe ersagen,
Bis man reif zum Abbau ist.
Darum still, darum still,
Weil das Vaterland es will.
Tust du auch recht tapfer streiten,
Mußt den Abbau doch erleiden,
Stirbst als braver Schreibersmann.

Die Handwerksburschen treten — so klagt das Meersburger Gemeindeblatt — in der letzten Zeit in einer solchen Zahl und in ganzen Rudeln auf, daß man von einer wirklichen Landplage sprechen muß, von der man nicht weiß, ob man sie lästig oder gemeinschädlich heißen soll. Erst gestern kam ein halbes Dutzend junger Leute mit gleicher Kopfbedeckung, Brotbeuteln und Gamaschen und es dürfte außer Zweifel stehen, daß man es mit einer kleinen Bande von pfälzischen Separatisten zu tun hat, die mit mehr oder weniger Unverfrorenheit Verpflegung und Quartier verlangen und nötigenfalls epileptische Anfälle vortäuschen. Am letzten Samstag waren etwa 20 Handwerksburschen hier, die natürlich alles andere verstehen, nur kein Handwerk. Ein Dutzend davon setzten sich 2 Stunden lang vor die Haustür des Bürgermeisters, dem sie immer wieder von unvernünftigen Leuten in den Nachtstunden zugeschickt werden. Schon am hellen Tag kommen die Burschen ins Städtchen herein, betteln alle Wirtschaften und Geschäftsläden an und treten auf, als ob die Gemeindeverwaltung nichts anderes zu tun hätte, als für ein bequemes Nachtlager zu sorgen. Unsere Gegend scheint da besonders heimgesucht zu sein, weil natürlich gleich bekannt ist, daß die Gendarmerie sich nicht wie früher um diese Sache anzunehmen braucht, wo einst ein einziger energischer Mann einen ganzen Bezirk von Zigeunern und Handwerksburschen gesäubert hat. Von einer Unterstützungsnotwendigkeit obdachloser und arbeitsloser Menschen kann da nicht mehr gesprochen werden. Es ist ein ganz planmäßiges Abbetteln einer ganzen Gegend, wo des Tags über auf der Landstraße verabredet wird, was für Orte und welche Familien auszumützen sind nach dem Grad ihrer Gutmütigkeit oder Aengstlichkeit.

Todesurteil. Der 30jährige Händler Hoffmann in Darmstadt hat am 8. April seine Frau, mit der er in Ehescheidung lebte, in einem Kraftwagen verschleppt und in einem Wald erwürgt. Die Strafkammer verurteilte ihn zum Tod. Der „Kriminaloberinspektor" Weber, der damalige Vorstand der Darmstadter Kriminalpolizei, hat dem Hoffmann bei dem scheußlichen Mord Beihilfe geleistet. Weber hat sich inzwischen erhängt.

Churchill unter den Marktweibern. Winston Churchill, der bekanntlich den Wahlkreis Westminster als unabhängiger antisozialistischer Kandidat vertritt, erschien am Montag unvermutet in seinem Auto inmitten der Gemüsehändler des bekannten Londoner Gemüse- und Fruchtmarktes Coventgarden, wo er eine Wahlrede hielt. Schon nach wenigen Sätzen aber ertönte von allen Seiten der Ruf: Dardanellen, Gallipoli! und es wurden Rüben, Kartoffeln und Gemüseblätter in der Richtung nach ihm geworfen. Churchill fand es für gut, schleunigst den Rückzug anzutreten.

139 Jahre alt. Der älteste Mann der Welt behauptet ein Syrier zu sein, der soeben am Hofe des Königs Hussein einen Besuch abgestattet hat. Der Mann gibt an, im Jahre 1785 geboren zu sein. Nach seinen Erzählungen hat er Napoleon gesehen, als dieser 1799 seinen siegreichen Feldzug in den Orient unternahm.

Der wahre Grund. „Ihre Semmeln werden von Tag zu Tag kleiner." — „Das hat aber seinen Grund in der Steigerung aller Unkosten!" — „Unsinn, Sie nehmen zu wenig Mehl dazu!"

Der Schüchterne. „Wie kommt es denn, Marie, daß man niemals einen Ton hört, wenn Sie Ihr Bräutigam in der Küche besucht?" — „Ach, sehen Sie, gnädige Frau, der ist noch so schüchtern, daß er vorläufig nur ißt."

Handel und Verkehr.

Herrenberg, 26. März. Beim Holzverkauf der Gemeinde wurden bezahlt: Für 2 Rm. buchene Scheiter bis 65 M., 2 Rm. buchene Prügel bis 60 M., 2 Rm. eichene Klotz bis 55 M., 2 Rm. eichene Prügel 45 M., 100 eichene Wellen 60 M.

Rottweil, 26. März. (Markt.) Dem Vieh- und Pferdemarkt waren zugeführt: 113 Pferde, 73 Ochsen, 171 Kühe, 321 Rinder und 12 Farren. Bezahlt wurde für fette Ochsen 900—1400 Mark, sog. Ansetzlinge 700—900 Mark pro Paar, Kühe 450—650, Wurstkühe 180—300, trächtige Kalbinnen 500—600, Rinder 130—250 Mk. Der Handel war flau. — Dem Schweinemarkt waren 160 Milchschweine und 1 Läufer zugeführt. Bezahlt wurden 36—60 Mark pro Paar.

Fruchtpreise. Heidenheim: Es notierten: Weizen 10.20 bis 11, Kernen 11—11,50, Gerste 10,50—10,80, Haber 7,20—8 Mk. pro Ztr. — Nördlingen: Es kosteten: Gerste 11,20, Haber 8,50, Erbsen 18, Bohnen 9,50, Lein 15 Mk. per Zentner. — Urach: Es notierten: Weizen 10,85, Dinkel 8,50, Roggen 9,75, Haber 9, Kernen 11,50 Mk. der Zentner. — Leutkirch: Die Schranne notierte folgende Zentnerpreise: Weizen (verkauft 192 Kg.) 21 Mk., Roggen-Saat (50 Kg.) 26 Mark, Gerste (11 782 Kg.) 20—24 Mark, Haber (9202 Kg.) 15,20—18 Mark.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 26. März. Die demokratischen Abgeordneten Kübler und Eisele haben im Landtag eine Kleine Anfrage eingebracht, die sich gegen den Personalabbau und die Einschränkungen im Verkehrswesen durch Aufhebung von Stationen usw. wendet. Das Staatsministerium wird gefragt, was es zu tun gedenke, um die ehemals württembergischen Verkehrsbeamten in ihren Rechten zu schützen und die Verkehrseinrichtungen des Landes vor weiteren Verschlechterungen zu bewahren.

Stuttgart, 26. März. Wie nunmehr gemeldet wird, hat Staatspräsident Dr. v. Hieber mit Rücksicht auf seine starke anderweitige Inanspruchnahme gebeten, von seiner Aufstellung als Kandidat für die Reichsliste der Deutschen demokratischen Partei abzusehen.

München, 26. März. Nach der „Münchener Post" beschloß der Parteivorstand der VSPD., über die Wiedereinführung des 8 Stundentages einen Volksentscheid herbeizuführen. Damit wird einem Antrag Rechnung getragen, der auf dem Bezirksparteitag von Oberbayern und Schwaben einstimmig angenommen und der dem Parteivorstand zur Durchführung überwiesen worden war. — Das von der Münchener Staatsanwaltschaft gegen den Münchener Professor Dr. Quidde eingeleitete Verfahren wegen Landesverrats ist auf Verlangen des Oberreichsanwaltes an das Reichsgericht in Leipzig abgegeben worden.

Ludwigshafen, 26. März. Auf den Aufruf der Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik an ihre Arbeiter, sich für die Wiederaufnahme der Arbeit anzumelden, hat eine Versammlung der rechtsrheinischen Belegschaft eine Entschließung angenommen, die erklärt, die Arbeiter würden erst dann zu ihren Arbeitsstätten zurückkehren, wenn der 8-Stundentag wiederhergestellt sei. Dagegen fordern die christlichen Gewerkschaften in einer Zuschrift an die Tagespresse ihre Mitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit auf.

Essen, 27. März. Wie aus Ueberruhr gemeldet wird, hat sich auf dem Schacht „Vinzenz" der Zeche „Charlotte" gestern früh um 6.30 Uhr ein schweres Unglück ereignet. Eine Anzahl Bergleute hatte verbotswidrig den Förderkorb am Bremsberg benutzt, wobei das Seil riß. 2 Bergleute wurden getötet, 4 schwer und einer leicht verletzt.

Bochum, 26. März. Die Strafkammer verurteilte die Direktoren Falk und Zahn wegen Notgeldschwindels zu einem Jahr 6 Monaten, bezw. 10 Monaten Gefängnis. Die Angeklagten hatten sich zur Zeit der Inflation, als die größeren Industriewerke wegen des Mangels an Zahlungsmitteln zur Ausgabe von Notgeld geschritten waren, in größeren Mengen Notgeld ausgegeben, wobei sie aber der Bedingung des Finanzministeriums, eine Sicherheit zu hinterlegen, nicht nachgekommen waren. In der Verhandlung wurde noch festgestellt, daß das Notgeld nicht für Lohnzahlungen, sondern zu gewinnsüchtigen Zwecken verbraucht worden war.

Berlin, 26. März. Während der Streik im Hamburger Hafen letzthin durch persönliches Eingreifen des Reichsarbeitsministers beigelegt worden ist, dauert der vor vier Wochen ausgebrochene Streik auf den Seeschiffswerften noch unvermindert an. Der Reichsarbeitsminister hat sich daher entschlossen, am Samstag, den 29. März, zu einer informatorischen Besprechung mit den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern auf den Werften nach Hamburg zu kommen.

Berlin, 26. März. Die Nationalliberale Vereinigung, die kürzlich von Mitgliedern der Deutschen Volkspartei gebildet worden ist, ist heute nachmittag zu einer vertraulichen Aussprache im Reichstagsgebäude zusammengetreten, die zur offiziellen Konstituierung der neuen Organisation führen soll. Die Mehrheit der Versammlung entschied sich dafür, die Frage des Verhältnisses der Nationalliberalen Vereinigung zur Deutschen Volkspartei erst im Zusammenhang mit dem Parteitag der Deutschen Volkspartei zur Lösung zu bringen.

Berlin, 27. März. Der bisherige Reichstagsabgeordnete Freiherr von Lersner, der ehemalige Präsident der deutschen Friedensdelegation in Paris, hat an die Deutsche Volkspartei ein Schreiben gerichtet, in welchem er unter scharfer Kritik der von dem Führer der Partei, Dr. Stresemann, geführten Politik seinen Austritt aus der Partei erklärt.

Berlin, 26. März. In der Nacht zum 30. März wird auf den Eisenbahnen des besetzten Gebietes die Sommerzeit eingeführt. Gleichzeitig tritt ein neuer Personenzugsfahrplan im Gebiet der Reichsbahndirektion Köln in Kraft, der vorwiegend im Verkehr mit Berlin, Hamburg, sowie mit Holland wesentliche Aenderungen bringt. — Nach einer Blättermeldung aus Schwerin hat der mecklenburgische Minister des Innern Frhr. v. Brandenstein mit sofortiger Wirkung folgende Verbote von Verbänden und Parteien aufgehoben: 1. des Verbandes Nationalgebildeter Soldaten, 2. des Stahlhelms, 3. des Jungdeutschen Ordens, 4. der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und 5. der Turnerschaften der Deutschvölkischen Freiheitspartei. — Die Sozialdemokraten haben für den Wahlkreis Ostpreußen als Spitzenkandidaten den preußischen Ministerpräsidenten Braun und an zweiter Stelle den Polizeipräsidenten Lüdtbring aufgeboten, der bisher in Königsberg von den Rechtsparteien hart bekämpft worden war und jetzt nach Dortmund versetzt wurde.

Bremen, 27. März. Die Hafenarbeiter haben beschlossen, die Arbeit morgen wieder aufzunehmen.

Amalfi, 27. März. Ein durch einen Wolkenbruch an mehreren Stellen hervorgerufener Erdrutsch hat schweren Schaden an den Straßen nach Salerno und Sorrento angerichtet. Die Fernsprechleitungen sind zerstört. Eine Reihe von Häusern ist beschädigt, darunter die bekannte Albergo Cappuccini. Bisher sind 50 Tote gemeldet worden. Aus Neapel sind Truppen und Kriegsschiffe zur Hilfeleistung eingetroffen.

London, 27. März. Die Arbeitgeber der Schiffbauindustrie haben gestern nachmittag in einer Sitzung in London beschlossen, auf allen Werften eine allgemeine Aussperrung vorzunehmen, nachdem die Bemühungen, die Streikenden in Southampton zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen, fehlgeschlagen sind. Von der Aussperrung werden annähernd 100 000 Mann betroffen. — Infolge des Nebels ereignete sich heute 7 Kilometer vor Dungeneß zwischen dem deutschen Dampfer „Kreindal" und dem japanischen Dampfer „Tsukushi-Maru" ein Zusammenstoß. Der letztgenannte Dampfer ist untergegangen. 23 Mann seiner Besatzung fehlen.

Der Hitler-Prozeß.

München, 26. März. Zu Beginn der heutigen Verhandlung erhielt Rechtsanwalt Lüttgebrune, der eine Verteidigung des Generals Ludendorff, das Wort. Der Prozeß habe eine Klärung des Sachverhalts gebracht, wie das genauer kaum je einmal in einem Prozeß der Fall war. Im Hinblick auf die staatspolitischen Gründe war das die einzige Möglichkeit, diese Unterlagen zu schaffen. Als sich der Prozeß seinem Ende zuneigte, habe General Ludendorff seinen Verteidigern die Weisung gegeben, nur den objektiven Sachverhalt herauszuarbeiten. Bei dem Versuch, historische Wahrheiten festzustellen, müsse es naturgemäß Mißklänge geben und das Ergebnis rein historischer Feststellungen negativ sein. Die in der ganzen Welt aufgegriffene und angefeindete Einleitung der Rechtfertigungsrede Ludendorffs könne nur dann richtig verstanden werden, wenn man bedenke, welche Nöte sich Ludendorff im August und September 1923 um das Deutsche Reich und seinen Bestand gemacht habe. Irgendwelchen Bestrebungen, in die Geschicke des Reiches einzugreifen, soweit sie hier in Bayern zunächst sich bemerkbar machten, habe sich Ludendorff ablehnend gegenübergestellt. Im September 1923 sei der Ruf nach der Diktatur ganz allgemein und das fast ausschließliche Thema im Kreis gewesen. Er werde den Gedanken nicht los, daß man in den Kreisen um Kahr und Lossow zeitweilig wohl mit dem Gedanken eines tatsächlichen Marsches nach Berlin gespielt hat, jedenfalls habe man es sich gefallen lassen, daß dieser Gedanke im Kampfbund für ernst genommen und durch bestimmte Handlungen noch gefördert wurde. Vielleicht sei die Sache auch so, daß die Herren selbst bezüglich der Wahl der Mittel sich nicht zum Entschluß gekommen waren. Es könne keine Rede davon sein, daß Hitler und Ludendorff je ein Konkurrenzunternehmen gegen das geplante Direktorium errichten wollten. Ludendorff habe zum erstenmal am 21. Oktober durch einen Besuch des Generals Lossow erfahren, was die Herren eigentlich wollten und erst am 31. Oktober habe er sich endgültig entschlossen, die Lücke in dem Direktorium durch Entsendung von Boten nach dem Norden ausfüllen zu helfen. Als am 1. November abends Herr von Scheubner-Richter zu Ludendorff gesandt worden sei, habe Hitler im Bürgerbräukeller von einer Absetzung der Reichsregierung und der bayerischen Regierung noch gar nichts gesagt gehabt. Es könne also auch nicht richtig sein, daß Ludendorff vor seiner Ankunft im Bürgerbräukeller dieses Ereignis bereits mitgeteilt erhalten habe. In Gegenwart Ludendorffs habe Hitler überhaupt nichts von irgendwelchen diktatorischen Befugnissen oder von Maßnahmen gesprochen, sondern den Vorschlag der Bildung einer provisorischen nationalen Regierung gemacht, was nichts weiter als eine Proklamation gewesen sei. Ludendorff wollte auch nicht Mitglied der neuen Regierung werden. Die nationale Armee, die er bilden sollte, sollte nicht das Gewaltinstrument für die Durchführung des Direktoriums nach Berlin sein. Wenn trotzdem behauptet worden sei, so sei das eine reine Vermutung. Es seien auch keinerlei Anhaltspunkte dafür zu Tage getreten, daß Ludendorff auch nur im Entferntesten an eine Gewaltanwendung gedacht habe, sei es ihm doch darum zu tun gewesen, durch eine Anzahl von Personen Klärung über die Stellungnahme auf der anderen Seite zu erhalten. Die Begrüßung der Infanterieschüler habe Ludendorff in Vertretung Lossows vorgenommen und die Besetzung der Polizeidirektion sei nicht als Gewaltanwendung gedacht gewesen. Als am 9. November vormittags durch die Tatsachen Klarheit bestand, habe Ludendorff eine Fortsetzung des Unternehmens strikt abgelehnt, sofort den Abbau ins Auge gefaßt und der Einmarsch in die Stadt sollte nicht eine letzte Kraftanstrengung zur Erreichung des Ziels sein, sondern die Rettung der ganzen völkischen Bewegung bezwecken. Die von Hitler im Bürgerbräukeller entwickelten Absichten hätten mit einer Verfassungsänderung im Sinne einer Organisationsänderung nichts zu tun. Auch die Einführung eines Direktoriums wäre durchaus verfassungsmäßig gewesen. Eine Verfassungsänderung sei weder im allgemeinen, noch durch das angestrebte Direktorium, noch durch die angestrebte Absetzung des Reichspräsidenten gegeben. Ludendorff sei bei der Gewaltanwendung, also zu Beginn der Handlungen, gar nicht zugegen, geschweige denn beteiligt gewesen, ebenso komme ein Wille zur Abänderung der bayrischen oder Reichsverfassung bei Ludendorff nicht in Frage, auch eine Hilfeleistung komme nicht in Betracht. Ludendorff wäre niemals so töricht gewesen, seine Zustimmung zu geben, wenn nicht Kahr, Lossow und Seisser ebenfalls die Zusage erteilt hätten. Der Verteidiger kam zu dem Schlusse, den Freispruch Ludendorffs zu fordern als den von den deutschen Herzen ersehnten Spruch. Weiterberatung nachmittags ½3 Uhr.

München, 26. März. Der Nachmittag wird mit dem Plaidoyer des 2. Verteidigers Ludendorffs, des Justizrats Zeschwitz, eingeleitet, der besonders die Tatsache unterstreicht, daß hier fast lauter gute Bayern den „Preußen Ludendorff" verteidigen. Der Verteidiger nimmt auf den Vorwurf Bezug, Ludendorff habe eine Aeußerung getan, die beleidigend für das Haupt der Familie Wittelsbach sein mußte. Aus der Verteidigungsrede Ludendorffs ergebe sich aber unzweideutig, daß dieser den bayerischen Interessen volles Verständnis entgegenbringt. Allerdings aus dem Gesichtspunkte des großen Deutschland heraus. Zeschwitz nimmt dann zu den Angriffen gegen Ludendorff wegen seiner Ausführungen über die ultramontane Frage Stellung, zitiert Aussprüche von Papst Pius X. und Leo XIII. und bemerkt, die Angriffe in der Presse kämen daher, daß jede mit der ultramontanen oder römischen Politik zusammenhängende Erklärung sofort in eine Abwehrung gegen das katholische Bekenntnis umgedeutet werde. Weiter polemisiert der Verteidiger gegen die Bayerische Volkspartei und das Zentrum, die im Grunde genommen ein und dasselbe seien. Der Redner bezeichnet den Ultramontanismus

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

als unpatriotisch, denn sein Streben nach der Kirche des Mitarbeiters sei unvereinbar mit dem Patriotismus. Daß General Ludendorff so unrecht nicht gehabt habe, Dr. Heim in seiner Aussage besonders zu erwähnen, gehe aus einem Briefe hervor, den ein Teilnehmer jener Gründungsversammlung der Bayerischen Volkspartei in München geschrieben habe. Darnach habe Dr. Heim ausgeführt, der Selbsterhaltungstrieb zwinge Bayern, wenn auch nur vorübergehend, sich von dem Reiche zu trennen und sich mit deutschen Gebieten und Teilen Oesterreichs zu verbinden. Der Verteidiger würdigt in seinen weiteren Ausführungen das segensreiche Wirken des deutschen Episkopats, nämlich in der Sorge um die Kriegsgefangenen. Die Bemühungen seien aber erfolglos geblieben. Alle diese guten Willensäußerungen dürfen uns nicht hindern, ernste Kritik daran zu üben, wenn wir Deutsche als Volksbestandteil die schweren Schäden an unserem Leib zu spüren haben. Aus diesem Geiste heraus habe Ludendorff seine Worte gesprochen. Redner führt zum Beweise ein Beispiel der römischen Politik unter Benedikt XV. an und erklärt, es sei unwürdig, daß bis zum Zusammenbruch Rußlands von Rom aus nicht wirksam für den Frieden gearbeitet worden sei. Nach dem Zusammenbruch Rußlands sei das Veto aus Rom gekommen, den Unterseebootskrieg nicht so weit auszudehnen. U. a. zieht hier der Verteidiger eine Auslassung des „Osservatore Romano", wonach sich die Wirksamkeit des Hl. Stuhls während des Krieges zugunsten der Entente entwickelt habe. In seinen weiteren Ausführungen geht Justizrat Zeschwitz auf die Tat am 8. November selbst ein, wobei er bemerkt, daß der spiritus rector mit der Zeit General Lossow geworden sei. Als Gesamtergebnis der Gerichtsverhandlung stellt er fest, es bestehe die Hoffnung, daß die völkische Bewegung nunmehr auf eine viel breitere Grundlage gekommen sei. — Nach kurzer Pause beginnt Justizrat Kohl, der Verteidiger des Angeklagten Brückner, mit seinem Plaidoyer. Er fordert vom Gericht die Freisprechung seines Mandanten, da die Vorgänge am 8. November den Tatbestand des Hochverrats nicht enthalten. Wenn das Gericht das nicht anerkenne, so komme auf alle Fälle für Brückner nicht das Verbrechen der Beihilfe in Frage. Das Volk denke über die Weimarer Verfassung ganz anders, wie man hier im Gerichtssaale denke. Für die Mehrheit des deutschen Volkes bedeute diese Verhandlung nichts anderes als das jüdische Dynamit zur Sprengung des deutschen Reiches. Die Feststellung des Staatsanwaltes, daß die gleichen Strafbestimmungen, die einst die Monarchie gestützt haben, heute die Republik stützen, sei juristisch richtig. Hier kollidiere aber die Auffassung des deutschen Volkes mit der Auffassung der deutschen Juristen. Kohl zitierte dann die Reihe von Kahr gehaltener Reden, insbesondere in der Einwohnerwehrfrage, wo die starken Worte am Fuße der Alpen nicht stand hielten, als der preußische Wind zu pfeifen begann. (Heiterkeit und Zustimmung im Zuhörerraum), worauf der Vorsitzende mit der Räumung der Zuhörersitze drohte. Nachdem Seeckt für den Norden den Putsch abgelehnt hatte, habe Justizrat Claß mit anderen Herren verhandelt. Kahr habe, trotzdem er im Bilde war, die Kampfverbände im Unklaren gelassen. Das Zeichen von dem Putsch sollte in München von Kahr am 8. November im Bürgerbräukeller gegeben werden und die Rede Kahrs sollte das Flammenzeichen für ganz Deutschland sein. In der Sitzung vom 6. November habe Kahr noch betont, „Das Zeichen gebe ich, das Vorprellen verbitte ich mir". Aus Mangel an Zivilkurage hätten die drei Herren Ludendorff und Hitler über die Verabredungen in Berlin nicht informiert. Als Kronzeugen dafür, daß im Bürgerbräukeller nicht Komödie gespielt worden sei, führt der Verteidiger Kahr, Lossow und Seisser selbst an. In großer Erregung erklärt Kohl, daß Kahr durch seine Bemerkung von der Uebernahme der Staatsgeschäft der Monarchie den schwersten Genickstoß versetzt habe. Als Kohl weiter andeutet, daß der Verteidigung von zuverlässiger Seite mitgeteilt worden sei, Lossow habe sich nach Korfu begeben, erbittet sich der Erste Staatsanwalt und bezeichnet diese Behauptung als unrichtig. Kohl führt dann aus, das Losschlagen in ganz Deutschland sei auf den 12. Dezember festgesetzt gewesen, da Lossow die 51 Prozent des Erfolges zu haben glaubte. Es stehe fest, daß von Kahr Vorarbeiten in der ganzen Sache gemacht wurden. Bezüglich der Hochverratsfrage weist Kohl darauf hin, daß die Reichsverfassung durch Kahr und Lossow an den genannten Tagen bereits aufgehoben war und infolgedessen konnten sich die Angeklagten überhaupt nicht wegen Hochverrates zu verantworten haben. Brückner habe keine Beihilfe zum Hochverrat geleistet und habe auch von dem geplanten Unternehmen keine Kenntnis gehabt. Er könne nur fordern, den Führern der völkischen Bewegung die Freiheit wieder zu geben. Ein Verfahren gegen einen Mann wie Ludendorff würde im Hinblick auf seine Verdienste in jedem anderen Lande niedergeschlagen worden sein. — Nächste Sitzung Donnerstag vormittag.

Uebergriffe betrunkener belgischer Soldaten.

Marl (Westfalen), 26. März. Ueber ein schweres Straßenbahnunglück, das sich hier am Ende der vergangenen Woche gegen 8 Uhr zugetragen hat, wird dem „Münsterischen Anzeiger" berichtet. Die Untersuchung hat ergeben, daß der aus der Richtung Brassert kommende Straßenbahnwagen von betrunkenen Belgiern geführt worden ist. Die Soldaten hatten vorher das Straßenbahnpersonal aus dem Wagen vertrieben und haben dann selbst den Wagen gelenkt. Dieser stieß hier auf einen im Ausweichgleise haltenden, von Dorsten kommenden Straßenbahnwagen auf. Der Dorstener Straßenbahnwagen wurde vollständig demoliert und umgeworfen. Drei Belgier und drei Deutsche wurden schwer, drei weitere Deutsche leicht verletzt. Ein belgischer Soldat, der Führer, wurde zwischen den aufeinander gefahrenen Wagen schwer verwundet gefunden. Die Absperrung wurde von belgischen Kriminalbeamten und belgischen Soldaten vorgenommen.

Der Strafantrag im Zeigner-Prozeß.

Leipzig, 26. März. Im Verlauf der heutigen Verhandlung ergriff der Oberstaatsanwalt das Wort und erklärte, der Schaden, der der sächsischen Regierung und der sächsischen Justiz durch das Verhalten Dr. Zeigners zugefügt worden sei, sei maßlos und so unheilvoll, daß es kaum eine Strafe gebe, die dafür angemessen sei. Mildernde Umstände seien daher zu verneinen. Er beantrage im Falle Brand wegen des Vorfalles im Case Lippold gegen Zeigner 2 Jahre und gegen Gans 1 Jahr Zuchthaus, gegen Möbius, der der Verführer sei, und aus schnöder Habsucht gehandelt habe, 3 Jahre bzw. 1½ Jahre Zuchthaus, im Falle Friedrichsen gegen Zeigner 1½ Jahre und gegen Möbius 2 Jahre Zuchthaus und weiter gegen Möbius wegen Unterschlagung 2 Jahre Gefängnis. Insgesamt halte er für Zeigner eine Zuchthausstrafe von 3 Jahren und für Möbius eine solche von 4 Jahren für angemessen. Beiden Angeklagten sei die Untersuchungshaft anzurechnen. Außerdem beantrage er, je fünf Jahre Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Aus der Wahlbewegung.

Berlin, 26. März. Zu tumultuarischen Szenen kam es gestern abend in einer Versammlung der deutschvölkischen Freiheitspartei in Halensee. Sowohl Deutschnationale als Sozialdemokraten hatten sich eingefunden und machten scharfe Opposition. Während der Rede eines sozialdemokratischen Arbeitersekretärs drangen plötzlich 20 junge Burschen in den Saal und es kam zwischen diesen, dem mit Gummiknüppeln und Schlagringen ausgerüsteten Saalschutz und den Vertretern der anderen politischen Richtungen zu einer blutigen Prügelei, bei der es auf beiden Seiten Verletzte gab, während die Saaleinrichtung in Trümmer ging. Das herbeigerufene Ueberfallkommando mußte noch Verstärkung holen, ehe es gelang, die Ordnung wieder herzustellen.

In contumaciam zum Tode verurteilt.

Das Kriegsgericht des 20. Armeekorps in Nancy hat fünf deutsche Offiziere, denen Kriegsverbrechen zur Last gelegt wurden, in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Es handelt sich um folgende Personen: General von Oven, Militärgouverneur von Metz, Major von Kayser vom 55. Infanterie-Regiment, Hauptmann von Seckendorff vom 8. bayerischen Infanterieregiment, Leutnant Kirmeyer vom gleichen Regiment und Feldwebel Dannenfelser. Die Offiziere und der Feldwebel werden beschuldigt, am 21. August 1914 das Dorf Nomeny in Brand gesteckt und 34 Einwohner standrechtlich erschossen zu haben.

Das Ministerium Poincare zurückgetreten.

Paris, 26. März. Im Laufe des Ministerrates, der nach der Aufhebung der Vormittagssitzung der Kammer zusammengetreten war, hat Poincare das Demissionsschreiben überreicht. Um 1.30 Uhr war der Ministerrat zu Ende. Wie Havas berichtet, hat der Präsident der Republik die Demission des Kabinettes Poincare angenommen.

Poincare zurückgetreten! Ein Gefühl der Erleichterung mag in ganz Deutschland die Herzen ohne Unterschied der Parteistellung durchzogen haben bei dieser Nachricht; denn Poincare war und ist das Haupthindernis, daß endlich der Druck, der infolge des Versailler Schandvertrags auf dem deutschen Volke lastet, erleichtert wird. Darüber weitere Worte zu verlieren, erübrigt sich. Wer aber glaubt, daß Poincare endgültig in der Versenkung verschwunden ist, befindet sich im Irrtum. Es war eine Komödie dieses zerissenen Advokaten, diese Rücktrittserklärung. Man juble in Deutschland nicht zu früh, denn nach der ganzen Sachlage wird Poincare wiederkehren. Schon die Unterredung beim Präsidenten der Republik zeigte dies, wurde doch Poincare von diesem aufgefordert, das von ihm vor zwei Jahren mit voller Billigung der Kammer und des Landes begonnene Werk durchzuführen. Und Poincare erklärte, er habe den lebhaften Wunsch, dem Rufe des Präsidenten zu folgen, nur möchte er sich eine kurze Bedenkzeit vorbehalten. In diesem Augenblick, wo wir dies schreiben, hat er vielleicht schon zugesagt. Auch die Presse erwartet eine Wiederkehr Poincares. Das „Journal des Debats" schreibt am Schlusse eines Artikels, „das Kabinett wird sich morgen neubilden, und Poincare wird Ministerpräsident bleiben". Also keine übereilten Hoffnungen, wir müssen mit der Wiederkehr dieses von Haß gegen Deutschland erfüllten Mannes rechnen. Selbst wenn dies nicht der Fall wäre, darf man mit dem Volksmund sprechen: Es kommt selten etwas besseres nach.

Poincare erneut mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Paris, 26. März. Der Präsident der Republik hat um 5.30 Uhr nachmittags den zurückgetretenen Ministerpräsidenten Poincare empfangen und ihm die Neubildung des Kabinetts angeboten. Poincare hat sich vorbehalten, seine endgültige Antwort bis morgen mittag zu geben.

Paris, 26. März. Havas meldet aus der heutigen Vormittagssitzung der Kammer: Obwohl Finanzminister de Lasteyrie die Vertrauensfrage gestellt hatte, hat die Kammer, die heute vormittag über das Pensionsgesetz verhandelte, entgegen seinem Wunsch das Gesetz mit 271 gegen 264 Stimmen an die Kommission zurückverwiesen. Finanzminister de Lasteyrie, Hygieneminister Strauß und Unterstaatssekretär Bidal, die auf der Regierungsbank saßen, haben sich zurückgezogen. Der Vorsitzende hob sofort die Sitzung auf.

Paris, 26. März. Ueber den Verlauf der Krise wird folgendes bekannt: Nachdem Poincare und seine Ministerkollegen im Elysee versammelt waren, tagte unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik der Ministerrat. Der Präsident der Republik hat in lebhafter Weise die Minister aufgefordert, im Amte zu bleiben. Er schlug ihnen vor, sich noch heute nachmittag in die Kammer und in den Senat zu begeben, indem er erklärte, er sei bereit, durch eine Botschaft an das Parlament die Gründe dieser Haltung auseinanderzusetzen. Nachdem jeder Minister die Möglichkeit erhalten hatte, seine Ansicht über die Lage zur Kenntnis zu bringen, hat sich der Präsident der Republik zurückgezogen, um den Kabinettsmitgliedern Gelegenheit zu geben, unter sich über die einzunehmende Haltung zu beraten. Einige Zeit darauf habe Poincare dem Präsidenten der Republik das Demissionsschreiben der Kabinettsmitglieder überreicht.

Zurückhaltung in Berlin.

Berlin, 26. März. Die Nachricht vom Rücktritt Poincarés ist so spät hier eingetroffen, daß nur ein Teil der Abendblätter die Meldung bringt und auch diese ohne einen Kommentar an sie zu knüpfen. In Berliner politischen Kreisen ist man zwar überrascht, aber doch weit davon entfernt, irgend welche optimistischen Folgerungen aus diesem Vorgang zu ziehen. Es liegt auf der deutschen Seite in der Tat kein Grund vor, die Fahnen herauszustecken. Es ist sehr leicht möglich, daß Poincare bald wiederkehrt, daß er vielleicht morgen schon wieder im Sattel sitzt. Aber selbst wenn sein Rücktritt endgültig sein sollte, weiß man keineswegs, ob der Politik Poincarés eine bessere folgen wird. Auch an den Berliner amtlichen Stellen, die natürlich mit ihrem Urteil zurückhalten, erwartet man von einem Pariser Regierungswechsel im gegenwärtigen Augenblick, da in Frankreich die Wahlen vor der Türe stehen, und wichtige Auseinandersetzungen in der Reparationsfrage namentlich mit der Londoner Regierung im Gange sind, keine Aenderung in der außenpolitischen Haltung Frankreichs. Im übrigen weist man von der Regierung nahestehender Seite darauf hin, daß es sich bei der Abstimmung in der Kammer doch um einen formal-parlamentarischen Akt gehandelt hat, der sich weniger gegen Poincare als gegen den Finanzminister de Lasteyrie richtete. Wie in solchem Fall üblich, hat sich der Ministerpräsident mit seinem Ministerkollegen solidarisch erklärt und mit einer vornehmen Geste die Demission des Gesamtkabinetts eingeleitet.

Die Aufnahme in Italien.

Rom, 27. März. Die „Tribuna" schreibt den Sturz Poincares dem Mißtrauen und den Befürchtungen zu, die seine Politik besonders in England und in Amerika erweckt habe, ferner der Mißstimmung, die seine Steuerpolitik und seine kostspielige Militärpolitik in Frankreich selbst hervorgerufen habe. — „Giornale d' Italia" glaubt, daß Poincare deshalb gegangen sei, weil die Antwort der Sachverständigen ihn gezwungen hätte, eine ganz andere Politik einzuschlagen. „Mondo" sagt: Die Abstimmung war nur ein Schringrund für den Sturz Poincarés. Sie wird sich besonders in Berlin und London bemerkbar machen.

Zurückhaltung in England.

London, 27. März. Die Nachricht von der Niederlage Poincarés in der Kammer und von seiner Demission wird in offiziellen Kreisen mit völliger Zurückhaltung aufgenommen mit Rücksicht darauf, daß es sich auch um eine rein innerpolitische Sache handelt. Aus anderen verantwortlichen Kreisen erfährt Reuter, die Demission des französischen Ministerpräsidenten habe in England eine erhebliche Ueberraschung hervorgerufen und werde durchaus nicht als ein Grund zum Frohlocken betrachtet. Man glaube, daß Poincare einwilligen werde, sich seinen Entschluß zu überlegen. Der allgemeine Eindruck gehe hier dahin, daß es für England entschieden besser ist, den der Linken angehörenden Poincare an der Spitze der französischen Staatsgeschäfte zu haben als eine Regierung, die aus Mitgliedern der äußersten Linken zusammengesetzt ist mit Poincare in der Opposition. Eine solche Kombination könne natürlich nur sehr kurze Zeit dauern. Schließlich wird darauf hingewiesen, daß die persönlichen Beziehungen zwischen Poincare und Macdonald ausgezeichnet sind und daß, obwohl die beiden Staatsmänner niemals persönlich zusammengekommen sind, doch als Ergebnis ihres Notenwechsels eine ganz neue Atmosphäre zwischen beiden Ländern geschaffen wurde. Der Fall Poincares bedeute kein Ende dieser günstigen Atmosphäre. Der Notenaustausch sei nicht vergebens gewesen, da die guten Beziehungen zwischen der britischen Regierung und Poincare und einem großen Teile der öffentlichen Meinung, die in Frankreich hinter ihm stehe, ob er im Amte sei oder nicht, aufrechterhalten bleiben.

König Georg dankt nicht ab.

Der Bukarester Korrespondent der „Chicago Tribune" hatte mit König Georg von Griechenland eine Unterredung, der ihm erklärte, daß er fest entschlossen sei, nicht abzudanken, weil er überzeugt sei, daß die große Mehrheit des griechischen Volkes auf den Fortbestand der Monarchie beharre. Infolgedessen werde er nach Athen zurückkehren, sobald das Volk sich für seine Rückkehr ausgesprochen haben werde.

Wanderschafherden.

In Anbetracht des bereits begonnenen Frühjahrsabtriebes von Schafherden von badischen Weiden und des Durchtriebs solcher Herden durch den Oberamtsbezirk besteht Veranlassung, auf die Bestimmungen über das Treiben von Wanderschafherden erneut hinzuweisen, um eine Verschleppung der immer wieder auftretenden Seuchen, insbesondere der Maul- und Klauenseuche, möglichst zu verhindern.

Nach den Min.-Verfügungen vom 14. 9. 1920, 21. 3. 1921 und 1. 5. 1922 (Staatsanz. Nr. 210, 67 und 103) ist für jede aus Baden kommende Wanderschafherde vorgeschrieben:

1. **Untersuchung durch den Oberamtstierarzt** an dem zuerst berührten württembergischen Grenzort.
2. **Genehmigung des Oberamts** zum Weitertreiben unter Bestimmung des Triebwegs und unter Anordnung der Verlegung der vorgeschriebenen 5tägigen polizeilichen Beobachtung an den Bestimmungsort.

Die Ortspolizeibehörden und Landjäger werden angewiesen, jeweils die Papiere der Schäfer auf Ordnungsmäßigkeit und Vollständigkeit zu prüfen und in Anstandsfällen den Transport aufzuhalten und das Oberamt unter Aushändigung des vorgeschriebenen Kontrollbuches zu benachrichtigen.

Im übrigen wird noch auf die oberamtliche Bekanntmachung vom 3. April 1923 (Enztäler Nr. 80) hingewiesen.

Neuenbürg, den 25. März 1924. **Oberamt:**
Amtmann Heckel.

Allen Auslandschwaben

dient die neue Wochenausgabe des Schwäbischen Merkur für das Ausland. Wenn Sie daher einen Ihnen verwandten, befreundeten oder bekannten Landsmann im Ausland haben, dann geben Sie dessen genaue Adresse dem Schwäbischen Merkur, Stuttgart, Königstraße 20, und es geht auch an ihn der

Gruß der Heimat!

Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrenalb.

26. März 1924.

	Heutig. Kurs	Vorig. Kurs		Heutig. Kurs	Vorig. Kurs
Goldanleihe	4,2	4,2	Benz Akt.	5	5
3% Dt. Reichsanl.	0,915	0,925	Buderus Akt.	24½	18
4% „ „	0,500	0,480	Charlottenburger Wasser Akt.	24½	20
5% „ „	0,091¼	0,081⅛	Daiml. Mot. Akt.	4,6	4,2
3½% Württ. Staatsanleihe	0,600	0,500	Goggenau Eisen Akt.	7,1	6
4½% W. Staatsanl.	0,350	0,350	Germania Linoleum Akt.	11,75	10½
5% Südd. Festwerthank Obl.	1,35	1,35	Harp. Bergb. Akt.	68	63½
5½% Badische Kohlenanleihe	10	9½	Höchst. Farb. Akt.	15½	13½
5½% Neckar-Goldanleihe	2,3	2,3	Junghans Akt.	11	10½
Disch. Bank Akt.	12	10,6	Köln-Rottw. Akt.	9½	7½
Disconto-Command. Ant.	13,2	12½	Kollmar & Jourdan Akt.	29	28
Reichsbank Ant.	32	28½	Körting Gebr. Akt.	10½	9½
Rhein. Creditbank Akt.	3,2	2,8	Laurahütte Akt.	16⅝	14⅝
Württ. Vereinsbank Akt.	3,5	3½	Magirus Akt.	2,7	2,4
Hapag Akt.	30,7	28	Mannsfeld Akt.	10⅝	9,3
Nordd. Lloyd Akt.	7,3	6⅞	N.S.U. Akt.	4⅝	5½
Allg. Lokalb. Akt.	31½	29	Neckarwerke Akt.	7½	7,2
Elekt. Hochb. Akt.	42	41½	Ind. Eichel Akt.	10,25	9
A.E.G. Akt.	10,75	9⅝	Salz. Heilbr. Akt.	72	74
Bad. Anilin Akt.	19¼	16	Stuttg. Zuck. Akt.	4,7	4,1
			Württ. Elekt. Akt.	6,9	5,7
			Zellstoff Waldhof Akt.	12⅝	11¼

Neue Bestellungen

auf den täglich erscheinenden „Enztäler" werden fortwährend von allen Postanstalten, Agenturen und unseren Austrägern entgegengenommen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Bezirks-Arbeitsamt
Neuenbürg.
Rathaus Zimmer Nr. 8.
Telefon Nr. 53.

Wir suchen:

Maurer, Zimmerleute, Maler, einen Lastkraftwagenführer, möglichst gelernter Schlosser, sowie eine Anzahl **Dienst- und Küchenmädchen.**

Wir haben zur Zeit in folgenden Berufen offene Lehrstellen: **Architekt, Elektroinstallateur, Flaschner, Friseur, Gärtner, Goldschmied, Kaufmann, Koch, Maler, Löterin, Polisseuse, Vergolderin.**

Wir suchen in folgenden Berufen offene Lehrstellen: **Eisendreher, Bäcker, Mechaniker, Schreiner, Emailleuse.**

Gemeinde Schwann.

Nadelstammholz-Verkauf

im schriftlichen Aufstreich aus Abtl. Brenntenwald: 121 Fm. I. bis V. Klasse, vorherrschend Fichten. Die schriftlichen, bedingungslosen Angebote auf die einzelnen Lose, in ganzen und Zehntelsprozenten der Landesgrundpreise ausgedrückt, sind längstens bis **Freitag, den 28. März 1924, abends 7 Uhr,** beim Schultheißen-Amt einzureichen.

Herren-Hüte
neue Farben und Formen fürs Frühjahr,
Konfirmanden-Hüte,
Velour-Hüte,
Klapp-Hüte,
Mützen,
Kragen, Crabatten,
Oberhemden
weiß und farbig,
Anfertigung nach Maß aus besten Stoffen,
Sport-Hemden,
Windjacken
impr. und Cover-Coat für Damen und Herren,
Sporthosen, Stutzen.
Große Auswahl!
Billige Preise!
Wilh. König
Herrenalb.

Tüchtiges
Mädchen
in gut bürg. Küche und Haushalt erfahren und sauberes, fleißiges
Zimmermädchen,
im Nähen und Bügeln bewandert, zum 1. April oder später gesucht. Guter Lohn und Behandlung. Zeugnisse und möglichst Bild erbeten.
Frau **F. Ostermayer,**
Pforzheim, Marktplatz 12.

Dobel.
1 tüchtiges, ehrliches
Mädchen,
für den Haushalt auf 1. oder 15. April gesucht.
Frau **Anna Kramer.**

Ottenhausen.
Ich habe einen 4 Monate alten
Zuchteber
zu verkaufen
Chr. Schmidt, Hochmühle.

Stammholz- und Stangen-Verkauf.

Die **Gemeinde Loffenau** bringt aus ihren Waldungen Distrikt I—IV zum Verkauf:

Nadelstammholz: 181,88 Fm. I. Kl., 111,27 Fm. II. Kl., 124,47 Fm. III. Kl., 98,32 Fm. IV. Kl., 202,25 Fm. V. Kl., 54,63 Fm. VI. Kl.

Sägholz: 56,93 Fm. I. Kl., 63,67 Fm. II. Klasse, 35,01 Fm. III. Kl.

Buchenstammholz: 4,34 Fm. II. Klasse, 17,95 Fm. III. Kl., 26,02 Fm. IV. Kl., 3,86 Fm. V. Klasse.

Baustangen: 53 St. Ia Kl., 116 St. Ib Kl., 64 St. II. Klasse, 86 St. III. Klasse.

Hagstangen: 23 Stück I. Klasse, 7 Stück II. Klasse, 32 Stück III. Klasse.

Hopfenstangen: 14 Stück I. Kl., 149 Stück II. Klasse, 188 St. III. Kl., 5 St. IV. Kl., 60 St. V. Kl.

Reisstangen: 56 St. I. Kl., 4 St. II. Kl.

Dem Verkauf liegen die Bedingungen des Württ. Waldbesitzerverbandes zu Grunde. Bedingungslose schriftliche Angebote auf die einzelnen Lose in Prozenten der Goldgrundpreise vom 1. Okt. 1923 ausgedrückt, sind mit entsprechender Aufschrift **bis spätestens Dienstag, den 8. April 1924, vormittags 11 Uhr,** beim Schultheißenamt verschlossen einzureichen. Die Oeffnung der Angebote, welcher die Bietenden anwohnen können, erfolgt zu dieser Zeit. Nähere Auskunft und Losverzeichnisse erteilt Waldmeister Seeger hier.

Loffenau, den 25. März 1924.

Gemeinderat.

Empfehle ab meinem Lagerhaus
Tel. 5 Sonnenmühle Birkenfeld Tel. 5
jedes Quantum:
Blütenweißes Weizenmehl,
Pfund 16 ₰,
Spezial-0-Weizenmehl,
Pfund 15 ₰,
Weizen-Brotmehl, besond. empfehlenswert,
Pfund 14 ₰,
Weizen-Nachmehl 5er,
Pfund 10 ₰,
Weizen-Futtermehl,
Pfund 8 ₰,
ferner: **La Plata-Mais, Gerste, Hafer,**
ganz und gemahlen.
Mahlfrucht wird auf Wunsch gegen Mehl umgetauscht.
Heu und Stroh
zum billigsten Tagespreis.
Bei Mehrabnahme Preisermäßigung. — Telefonische Bestellungen und Anfragen erbeten.
Achtungsvollst! **Josef Hussl.**

Kaufe
Kitzfelle, sowie sämtliche andere Felle
zu den höchsten Tagespreisen.
Fellhandlung **Metzler, Wildbad.**

Sie sparen Zeit und Geld, wenn Sie Hemden fertig kaufen!
Flanellhemden, gestreift. . . von **4.20** an,
Frauenhemden (Köper) . . von **3.50** an,
Zephir- u. Trikothemden,
Flanelle, Sport-Flanelle,
Schürzen-Stoffe.
Fabrik-Niederlage
Gotth. Burkhardt, Pforzheim
Theaterstrasse 9.

Calmbach.
Verkaufe einen Posten
Roggenmehl,
80 Proz., zu Futtermittel geeignet.
Richt zur „Sonne".

Ehrliches
Mädchen,
im Kochen bewandert und in allen sonstigen Hausarbeiten erfahren, wird für sofort in guten Haushalt nach **Pforzheim** gesucht. Gehalt 25 Mark.
Zuschriften mit Zeugnissen an **Otto Panik,** Fabrikant, **Pforzheim,** Zähringer-Allee 67.

Einige jüngere, tüchtige
Goldschmiede,
die sich auf einen Massenartikel einarbeiten wollen, werden für sofort gesucht.
Scholl A.-G.,
Filiale Neuenbürg.

SCHREMPF
Hüte :: Mützen
Pelzwaren
Fabrik und Lager.
Karl Schrempf, Pforzheim,
Westliche 32.

Calmbach.
Nächste Woche treffen **erstklassige**

Oberländer
Läuferschweine
hier ein. **Bestellungen** nimmt entgegen **„Sonne", Calmbach,** Telefon 27.
Gebhard Kloos, Weingarten.

Beratungen und mikroskopische Haaruntersuchungen
halten wir für unsere Niederlage, Frl. **Bernhardine Strieder,** Zerrennerstr. 6, in **Pforzheim,** am **Montag, den 31. März** und **Dienstag, den 1. April, von morgens 10—2 und 3—8 Uhr abends** ab. Die 30jähr. Tätigkeit und **Behandlung sämtlicher Haar- und Bartwuchsstörungen** wie **Ausfall, Schuppen, Beißen, Auftreten kahler Stellen** bürgt für **gewissenhafte Beratung und Hilfeleistung.**
Georg Schneider & Sohn, Stuttgart, Gymnasiumstr. 21a, 1. württemb. Haarheilinstitut zur Behandlung aller Haar- und Bartkrankheiten.
Mikroskopische Haaruntersuchung in **Stuttgart** von 10—12 und 3—6 Uhr.

Neuenbürg.
Wasserglas
empfiehlt
Carl Mahler.

Aenbach.
Ein starkes

Läufer-Schwein
verkauft
Emilie Proß, Witwe.

Seifen- und Schuhcreme-Fabrikation im Hause
richten wir ein. Dauernde und sichere Existenz, besondere Räume nicht nötig. Auskunft kostenl., Rückp. erw. **Chemische Fabrik Heinrich & Münkner, Zeitz-Agisdorf.**

Ein noch guterhaltenes
Schlafzimmer
(tanne, eichen imitiert) ist zu verkaufen.
Zu erfragen in der Enztäler-Geschäftsstelle.

Pforzheimer
Gold-Ankaufstelle
kauft **Gold, Silber, Platin** in Barren und fein, sowie **alte Schmucksachen** zum Einschmelzen, **Rosen** und **Brillanten,** ferner **Gold- und Silbermünzen,** in- und ausländische.
Edelmetall-Handlung
A. Metsch,
Pforzheim, Waisenhausplatz 4, Tel. 3468.

Höfen a. Enz.
Schöne Hohenloher

Läuferschweine
hat zu verkaufen
Hermann Binder.

Lehrmädchen
werden zur gründlichen Ausbildung angenommen.
Adam & Vollmer, Birkenfeld.

Neuenbürg.
Ia. frischgewässerte
Stockfische
empfiehlt
Carl Mahler,
Telefon 61.

Neuenbürg.
Zu verkaufen:
Schöne elegante **Hochzeits-Anzüge,** sowie wenig getragene **Herren-Anzüge,** lange und kurze **Hosen,** neu.
Karl Finkbeiner,
Wildbaderstraße 191, parterre, bei Wirtschaft zum Schiff.
Teilzahlungen sind gestattet.

Pfannkuch & C
Eingetroffen schwere italienische
Eier
10 Stück
1.35
Wasser-Glas.
Pfannkuch & C

Neuenbürg.
Zwei
Bettladen
mit Patentröste zu verkaufen und anzusehen von **6 Uhr** abends bei
A. Molitor,
Alte Pforzheimerstraße 399.

Streichfertige Oel- u. Lack-
Farben
Fußbodenlacke
Bodenwichse
Farbwachs
Bodenöl
Blitzöl, Kalttrocken-Glanzöl
Terpentinöl
Stahlspäne
empfiehlt in bekannter Güte
J. Haas
Lack- und Farben-Spez.-Haus
Pforzheim
Lammstraße 2 - Telefon Nr. 768.

Schwann.
Rotklee, Luzerne, Futtererbsen, Futterwicken
empfiehlt
Carl Gentner, Gärtnerei.

Schwann.
Wegen Wegzugs ist sofort zu verkaufen ein doppelwandiger freistehender
Hühnerstall
mit 7 jungen **Hühnern.**
Friedrich Bauer
bei der Kirche.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw